



Reader 3 von 5

Vorliegende Untersuchungsergebnisse zu den Folgen der demografischen Veränderungen in ländlichen Gebieten für die gesundheitliche und pflegerische Versorgung:

Infrastrukturelle Daseinsvorsorge im demografischen Wandel und Handlungsansätze von Ländern, Regionen und Kommunen

Eine Studie im Rahmen des Projekts

"Demografiesensible Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum" (StrateGIN),

Teilprojekt StrateGIN 1: Gesundheitliche und pflegerische Versorgungsinfrastruktur und Lösungsansätze für demografisch bedingte Versorgungsengpässe



Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V./ Institut für Gerontologie an der TU Dortmund (IFG)

Evinger Platz 13

44339 Dortmund

Tel.: 0231 - 728 488 - 0

www.ffg.tu-dortmund.de

Projektleitung:

Prof. Dr. Gerhard Naegele

Bearbeitung: Dr. Vera Gerling

Dortmund, April 2013



Vorwort zum Inhalt und Aufbau der Reader

Im Rahmen des Projekts StrateGIN werden vorliegende Untersuchungsergebnisse zu den Folgen der demografischen Veränderungen in ländlichen Gebieten für die gesundheitliche und pflegerische Versorgung aufgearbeitet und interessierten Akteuren der Region Südwestfalen zur Verfügung gestellt.

Insgesamt gliedert sich der sogenannte Reader in fünf Teile, die separat veröffentlicht werden.

Reader 1 von 5	Regionale Unterschiede in der demografischen Entwicklung
Reader 2 von 5	Ausgewählte Merkmale der Lebenslagen älterer Menschen
Reader 3 von 5	Infrastrukturelle Daseinsvorsorge im demografischen Wandel und Handlungsansätze von Ländern, Regionen und Kommunen
Reader 4 von 5	Ausgewählte Problemstellungen und Handlungsansätze der Sicherstellung der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung in ländlichen Regionen
Reader 5 von 5	Zusammenfassung und Diskussion

Jeder Teil ist so aufgebaut, dass vorhandene Daten von der allgemeinen zur spezielleren Ebene dargestellt werden: Als erstes kommt die Ebene Deutschland, dann die Ebene der Bundesländer und Nordrhein-Westfalen, danach die Ebene Südwestfalen und abschließend die Ebene der Kreise und Kommunen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass es nicht für alle Ebenen ausreichende und miteinander vergleichbare Daten gibt.

Zu dem Thema "Analyse der demografischen Entwicklung in Südwestfalen" erfolgen eigene Veröffentlichungen in Form der Darstellung demografischer Porträts der fünf Kreise und 59 Kommunen der Modellregion Südwestfalen.





Vorwort

nhaltsverzeichnis
Abbildungsverzeichnis6
nfrastrukturelle Daseinsvorsorge im demografischen Wandel und Handlungsansätze von ändern, Regionen und Kommunen8
. Einleitung8
. Daseinsvorsorge – Grundlagen und zukünftige Herausforderungen10
. Handlungsansätze, Programme und Initiativen auf Bundes-, Landes-, regionaler und kommunaler Ebene
3.1. Bundesebene
3.2. Bundesländer
3.3 Regionale Ebene – Regionalplanung26
3. Kreis- und kommunale Ebene
iteraturverzeichnis34
nformationen zum Projekt StrateGIN37



Abbildung 1: Kreislauf von Abwanderung und Infrastrukturversorgung	9
Abbildung 2: Klassifikation der Zentralen Orte und Einrichtungen des Gesundheitswese	ens11
Abbildung 3: Karte der MORO-Modellregionen	27
Abbildung 4: Modellregionen im Rahmen des Aktionsprogramms des Bundes "Modellvorhaben der Raumordnung" 2006-2011	29
Abbildung 5: Modellregion Südwestfalen	39





Infrastrukturelle Daseinsvorsorge im demografischen Wandel und Handlungsansätze von Ländern, Regionen und Kommunen

1. Einleitung

Vor dem Hintergrund der in den ersten beiden Kapiteln dargestellten regional und örtlich unterschiedlich verlaufenden demografischen Entwicklungen und der sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Lebenslagen älterer Menschen und ihren Versorgungserfordernissen hat das Thema "demografischer Wandel und soziale Infrastruktur" in den letzten Jahren stark an Bedeutung zugenommen.

Vor allem für die neuen Bundesländer ist die Gefährdung der wohnortnahen Versorgung mit Angeboten der Daseinsvorsorge auf dem Land intensiv diskutiert worden und es ist eine Reihe von Handlungsansätzen und Modellen entwickelt und erprobt worden, dem entgegen zu treten.

Grundsätzlich ist das Thema aber nicht neu. Auch in Westdeutschland ist seit den 1960er Jahren ein stetiger Rückgang der Versorgungsangebote in den Dörfern und kleinen Gemeinden zu verzeichnen. (BMVBS 2011: 5)

Für ältere Menschen auf dem Land ist z.B. die Dichte spezifischer Versorgungsangebote nicht nur geringer, sondern oft müssen auch qualitativ andere Ansätze gefunden werden. Dies gilt jedoch nicht nur für die medizinische und pflegerische Versorgung, sondern trifft auch auf Kultur-, Sport- und Bildungsangebote zu. (Walter & Altgeld 2000)¹

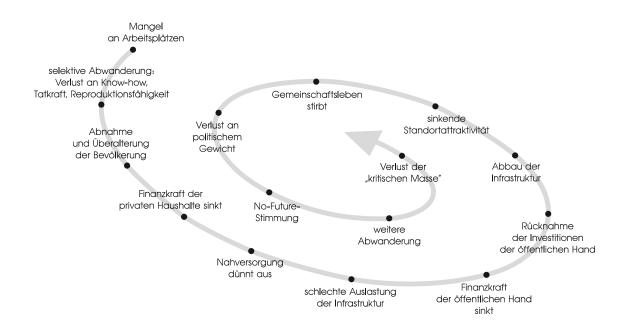
Doch die aktuellen Handlungsanforderungen sind immens: "Der demografische Wandel, verstärkt durch Veränderungen der Wirtschaftsstruktur und geringe finanzielle Spielräume der Städte, Gemeinden und Landkreise verschärft das Problem (der Gefährdung der wohnortnahen Versorgung mit Angeboten der Daseinsvorsorge, V.G.) und stellt die Kommunen vor neue Herausforderungen. Der anhaltende Rückgang der Bevölkerungszahlen und die Verschiebung der Altersstruktur haben direkte Auswirkungen auf die über Jahre aufgebauten und gewachsenen Angebote und Leistungen der öffentlichen Infrastrukturen. Weniger Kinder und Jugendliche benötigen weniger Kindergärten, Schulen und Ausbildungsplätze. Ein höherer Anteil älterer Menschen benötigt mehr speziell auf sie ausgerichtete Angebote und eine Pflegeversorgung auch auf den Dörfern. Da der demografische Wandel keine kurzfristige Erscheinung ist, die vorüber geht, müssen die Angebote und Strukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge auf diese veränderten Rahmenbedingungen ausgerichtet und umgebaut werden. Versäumen die Städte, Gemeinden und Landkreise diesen Umbau oder zögern sie notwendige Standortdiskussionen zu führen, wird dies unweigerlich Auswirkungen auf die Attraktivität der Kommunen und die Lebensqualität ihrer Bürger haben und sie werden im interkommunalen Wettbewerb noch mehr Einwohner und Wirtschaftskraft verlieren (BMVBS 2011: 5f.)".

¹ Allerdings werden im Jahr 2000 die Wissensbestände um das Alter(n) in ländlichen Räumen als sehr lückenhaft beschrieben, obwohl es in der Gerontologie Mitte der 1980er und Anfang der 1990er Jahre eine Thematisierung des Alter(n)s in ländlichen Räumen gab. Dabei ist die Schieflage zum städtischen Kontext der Tatsache geschuldet gewesen, dass in den alten Bundesländern die Bevölkerung vor allem in den Städten alterte. (Schulz-Nieswandt 2000)



Vor allem eine durch schlechte Wirtschafts- und Arbeitsmarktperspektiven ausgelöste Abwanderung führt letztendlich zur Ausdünnung der Dienstleistungsinfrastruktur. Für strukturschwache ländliche Regionen besteht damit die Gefahr einer Abwärtsspirale. Nachstehende Grafik verdeutlicht den negativen Kreislauf von Abwanderung und Infrastrukturversorgung. (Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer 2011)

Abbildung 1: Kreislauf von Abwanderung und Infrastrukturversorgung



Quelle: Weber & Fischer 2009, zitiert nach Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer 2011: 6



2. Daseinsvorsorge – Grundlagen und zukünftige Herausforderungen

Was genau ist mit Daseinsvorsorge gemeint? Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung definiert den Begriff folgendermaßen: "Zur Daseinsvorsorge zählen all jene Güter und Dienstleistungen, an deren Angebot ein besonderes öffentliches Interesse besteht (BMVBS 2010:13)". Diese Güter und Dienstleistungen decken ein Spektrum an technischen, infrastrukturellen und sozialen Leistungen ab. Dazu gehören auf der einen Seite die Leistungen, die der Versorgung mit Energie, Wasser, Telekommunikation, öffentlichem Nah- und Fernverkehr, Post, Abfall- und Abwasserentsorgung dienen. Auf der anderen Seite - im sozialen Bereich - werden Kulturangebote, Gesundheitsdienste, Kinderbetreuung, Schulausbildung und Altenpflege zur Daseinsvorsorge gerechnet.

War in der Vergangenheit der Begriff "Daseinsvorsorge" an eine Bereitstellung der Güter und Dienstleistungen durch Staat und Gemeinden gebunden, so wird diese heute nach vielfältigen Liberalisierungs- und Privatisierungsaktivitäten in einer Arbeitsteilung zwischen privatem und öffentlichem Sektor erbracht. (BMVBS 2010). Doch auch die Bürger/Innen selbst erbringen im Rahmen zivilgesellschaftlichen Engagements zunehmend Leistungen sozialer Daseinsvorsorge – zum Teil ergänzend, zum Teil anstelle einer finanziell schwachen Kommune. (Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz & Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen 2011).

Die ursprüngliche Erfüllungsverantwortung des Staates und der Kommunen ist durch eine Gewährleistungsverantwortung ersetzt worden. Damit garantiert die öffentliche Hand nicht mehr selbst die eigentliche Leistungsproduktion, sondern gewährleistet "nur noch", dass Leistungen zu bestimmten Qualitäts- und Preisstandards bzw. an bestimmten Standorten und mit einer vorgegebenen Qualität angeboten werden. (BMVBS 2010).

Rechtliche Grundlagen sind das Sozialstaatsprinzip und der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes. Daraus folgt das Hinwirken auf gleichwertige Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands im Sinne einer flächendeckend vergleichbaren Sicherung der Daseinsvorsorge. (Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz & Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen 2011)

Im Rahmen des Zentrale-Orte-Konzepts thematisiert die Raumordnung die Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge: Durch ein System zentraler Orte soll die Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit privaten Dienstleistungen, Arbeitsplätzen und einem Bündel öffentlicher Leistungen der Daseinsvorsorge zu angemessenen Erreichbarkeitsbedingungen gewährleistet werden. Dabei weisen Oberzentren die weitesten Versorgungsbereiche auf. Oberzentren sollen neben der Grundversorgung vorrangig jene Güter und Dienstleistungen anbieten, die der Befriedigung des spezialisierten, höheren Bedarfs dienen. Demgegenüber sind die Unter- und Kleinzentren lediglich auf die Deckung der örtlichen und alltäglichen Grundversorgung ausgerichtet und weisen daher auch die kleinsten Einzugsräume auf. Dazwischen liegen die Mittelzentren. Sie stellen jene Versorgungsfunktionen bereit, die unterhalb der oberzentralen Aufgaben angesiedelt sind, aber über eine rein örtliche Grundversorgung hinausgehen. (BMVBS 2010) In den Raumordnungsplänen der Länder sind rund 950 Mittelzentren verbindlich ausgewiesen. Welche Leistungen der Daseinsvorsorge in den zentralen Orten angeboten werden sollen, regeln Ausstattungskataloge der Landesplanung.



Bezogen auf die gesundheitliche Versorgung ergibt sich folgendes Bild:

Abbildung 2: Klassifikation der Zentralen Orte und Einrichtungen des Gesundheitswesens

Zenrtraler Ort	Kleinzentrum	Unterzentrum	Mittelzentrum	Oberzentrum
Einwohner/innen im Verflechtungs-bereich	5.000 – 10.000	10.000 – 20.000	20.000 – 100.000	100.000 +
Gesundheitswesen	Allgemeine/r Arzt bzw. Ärztin	Fachärzte/innen	Krankenhaus mit mehreren Fach- abteilungen	Klinikum, Sonder- krankenhaus, Unfallkrankenhaus

Quelle: Bartholomae & Beivers 2009: 219

Wegen der demografischen Entwicklung muss das Angebot an Daseinsvorsorgeinfrastruktur in vielen Teilräumen angepasst werden. Unterschreiten die Bevölkerungszahlen in den Versorgungsbereichen zentraler Orte betriebswirtschaftliche Tragfähigkeitsgrenzen, werden Kapazitätsreduktionen und vielfach sogar Schließungen von Einrichtungen nötig. (BMVBS 2010) Eine Gefährdung bzw. starke Gefährdung der Tragfähigkeit von Mittelzentren wird dann angenommen, wenn sie bis 2050 einen Bevölkerungsrückgang von mehr als 15% bzw. 30% haben.

Vor diesem Hintergrund ist 2006 das politische Leitbild "Daseinsvorsorge sichern" entwickelt worden. Das Leitbild ist Ausdruck eines gemeinsamen Problemverständnisses von Bund und Ländern und richtet sich in erster Linie an die Entscheidungsträger der Raumordnung, soll aber auch den Kommunen und den privaten Trägern von Daseinsvorsorgeeinrichtungen Orientierungshilfen für künftige Investitionsentscheidungen bieten. Es geht zurück auf den Beschluss der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) vom 28. Mai 2005 "Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des demografischen Wandels" und die Verabschiedung der "Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland" vom 30. Juni 2006.

Das Leitbild fordert eine flexiblere Handhabung und Anpassung der Zentrale-Orte-Konzepte an die gewandelten räumlichen Nachfragestrukturen. Öffentliche Ausstattungsstandards und die Funktionszuweisungen für die unterschiedlichen Stufen des zentralörtlichen Systems sollen demnach überprüft und modifiziert werden. Trotz erforderlicher Straffungsmaßnahmen und neuer Mindeststandards soll das System zentraler Orte aber weiterhin das Grundgerüst zur Sicherung der Daseinsvorsorge bleiben.

Damit dies langfristig gelingt, muss die Erreichbarkeit der Angebote und der bestehenden Infrastruktur durch angemessene und auch neue Mobilitätsangebote verbessert werden. (BMVBS 2010)



Hier stellt sich allerdings die Frage, ob sich - vor allem in den von Schrumpfung und Alterung betroffenen Kommunen in den ländlichen Räumen - das Gebot der Absicherung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen überhaupt noch aufrechterhalten lässt bzw. ob man sich in Regionen, in denen es zu einer Bündelung dieser vielfältigen demografischen Herausforderungen kommt, auf die Absicherung von Mindeststandards der Daseinsvorsorge zurückziehen darf. Denn schließlich gibt es eine wachsende räumliche Ungleichheit zwischen dicht besiedelten Zentralräumen und dünn besiedelten Peripherieräumen mit Bevölkerungsschrumpfung. Damit würde allerdings ein gesellschaftlicher Grundkonsens zur Disposition gestellt und ein neuer Gesellschaftsvertrag eingefordert werden². (DZA 2010)



-

² So fordert z.B. Aring, dass es in dieser Diskussion vor allem um die Absicherung eines Gemeinwesens gehen sollte, das im Alltag funktioniert. Vor diesem Hintergrund entwickelt er das Konzept von "Garantieräumen" und "Selbstverantwortungsräumen". Danach sollten die kommunalen Ressourcen auf die "Garantieräume" konzentriert werden, für die das Postulat der Absicherung "gleichwertiger Lebensverhältnisse" gesichert bliebe. Für die übrigen, meist kleinen dispersen Ortschaften gäbe es diese Garantie "gleichwertiger Lebensverhältnisse" dagegen nicht mehr. Für sie würden niedrigere Standards der Versorgungsdichte oder von Erreichbarkeitszeiten gelten. (DZA 2010: 40)



3. Handlungsansätze, Programme und Initiativen auf Bundes-, Landes-, regionaler und kommunaler Ebene

Im folgenden werden ausgewählte Handlungsansätze, Programme und Initiativen auf Bundes-, Landes-, regionaler und kommunaler Ebene dargestellt. Sie konzentrieren sich auf z.T. verschiedene Bereiche der Daseinsvorsorge, berücksichtigen aber alle auch das Themenfeld der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung. Zum Teil sind explizite Schwerpunkte auf die Gruppe älterer Menschen gelegt worden.

Die Darstellung dient einem ersten Überblick und erfolgt in erster Linie auf Basis der Selbstdarstellungen auf den jeweiligen Websites bzw. relevanter Veröffentlichungen. Eine Bewertung bzw. Auswahl guter Praxis erfolgt an anderer Stelle.

3.1. Bundesebene

Auf Bundesebene ist in den verschiedenen Ministerien eine Reihe von Programmen aufgelegt worden, mit denen man versucht, den unterschiedlichen Aspekten des demografischen Wandels zu begegnen.

Forschungsagenda der Bundesregierung für den demographischen Wandel: Das Alter hat Zukunft (2011-2016)

Im demografischen Wandel kommt auch den Themen Bildung, Forschung und Innovation eine große Bedeutung zu. Dabei geht es zum einen darum, wie mit einer alternden und schrumpfenden Erwerbsbevölkerung die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands erhalten bleiben und ggf. erhöht werden kann und zum anderen darum, durch Wissenschaft und Technik die Lebenssituation älterer Menschen zu verbessern.

Im November 2011 hat das Bundeskabinett die "Forschungsagenda der Bundesregierung für den demographischen Wandel: Das Alter hat Zukunft" beschlossen. Es ist das erste ressortübergreifende Forschungskonzept zu diesem Thema. Ziel ist es nach eigenen Angaben, durch Forschung die Entwicklung von neuen Lösungen, Produkten und Dienstleistungen voranzutreiben, die die Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen verbessern. Auf diese Weise sollen zum Wohle aller Generationen "wertvolle und bislang nur unzureichend genutzte Potenziale gehoben werden, die in einer Gesellschaft des längeren Lebens verborgen liegen". (www.das-alter-hat-zukunft.de/startseite/, heruntergeladen am 20.07.12)

In insgesamt sechs Forschungsfeldern³ werden über ein Wettbewerbsverfahren zunächst bis 2016 in erster Linie Verbundprojekte gefördert, die innovative Lösungen umsetzen, die auch soziale, ethische, rechtliche und andere gesellschaftliche Aspekte umfassen und zumeist

³ (1) Grundsatzfragen einer Gesellschaft des längeren Lebens, (2) Kompetenzen und Erfahrungen älterer Menschen für Wirtschaft und Gesellschaft nutzen, (3) Älter werden bei guter Gesundheit, (4) Gesellschaftliche Teilhabe: Mobil und in Verbindung bleiben, (5) Sicher und unabhängig wohnen und (6) Mit guter Pflege zu mehr Lebensqualität



von Nutzerbedürfnissen angetrieben werden.

"Modellvorhaben der Raumordnung" (MORO) des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

Mit dem Aktionsprogramm "Modellvorhaben der Raumordnung" (MORO) unterstützt das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) die praktische Erprobung und Umsetzung von raumordnerischen Handlungsansätzen und Instrumenten in Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis und mit den Akteuren der Regionen.⁴

"Handlungskonzept: Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten" von Bund und ostdeutschen Ländern

Bund und Länder haben im Oktober 2011 in Leipzig ein Handlungskonzept für vom demografischen Wandel betroffene ländliche Regionen in den neuen Ländern verabschiedet. Auf der 40. Regionalkonferenz der ostdeutschen Ministerpräsidenten verständigten sich die Regierungschefs der neuen Länder und der Bund auf ein Konzept, welches nach eigenen Angaben Leitlinien, Handlungsgrundsätze und Instrumente zur nachhaltigen Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur formuliert. Das Handlungskonzept diente als Vorarbeit für die gesamtdeutsche Demografiestrategie, die im Sommer 2012 von der Bundesregierung vorgelegt wurde (Demografiebericht der Bundesregierung). Hintergrund des Handlungskonzepts ist ein Kabinettbeschluss vom November 2009 in Meseberg. Dort erhielt das Bundesinnenministerium, in dessen Zuständigkeitsbereich die Angelegenheiten der neuen Bundesländer fallen, den Auftrag, als Pilotprojekt einer übergreifenden Demografiestrategie ein Handlungskonzept mit den ostdeutschen Ländern zu entwerfen. (www.bmi.bund.de / SharedDocs/ Kurzmeldungen/DE/2011/10/demografie_handlungskonzept .html?nn=303936, heruntergeladen am 15.07.12)

• "Modellvorhaben Daseinsvorsorge 2030" des Bundesministeriums des Innern

Um neue Lösungswege zur Sicherung der Daseinsvorsorge in besonders vom demografischen Wandel betroffenen ländlichen Regionen in den östlichen Bundesländern auf regionaler Ebene praktisch zu erproben, hat der Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer im Jahr 2010 gemeinsam mit den Landesregierungen der Neuen Bundesländer das Modellvorhaben "Daseinsvorsorge 2030 – innovativ und modern – eine Antwort auf den demografischen Wandel" initiiert. Ziel des Modellvorhabens ist es nach eigenen Angaben, "Akteure vor Ort zu aktivieren und zu stärken, die bereit sind Verantwortung zu übernehmen und ihre Ideen und Konzepte zur Sicherung der Daseinsvorsorge und Verbesserung der Lebensqualität im Interesse des Gemeinwohls engagiert anzugehen". In dem Modellvorhaben werden sechs Projekte in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen durchgeführt. Dabei richten sich zwei der Projekte explizit an ältere Menschen.

⁴ Eine ausführlichere Darstellung der verschiedenen Ansätze erfolgt weiter unten im Kapitel "Regionale Strategien".



Modellvorhaben LandZukunft des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2012-214)

Ziel des Modellvorhabens LandZukunft ist es, neue Wege in der ländlichen Entwicklung zu erproben, mit denen nach eigenen Angaben "auch andere Regionen dem demografischen Wandel trotzen und eine drohende Abwärtsspirale durchbrechen können". Hierbei sollen unternehmerische Menschen als neue Zielgruppe der ländlichen Entwicklung motiviert werden. Anhand der Erfahrungen mit den einzelnen Projekten will das Bundesministerium nach Abschluss des Modellvorhabens LandZukunft neue Möglichkeiten für die Regelförderung in der ländlichen Entwicklung prüfen.

In der Planungsphase des Modellvorhabens waren 17 Regionen nach wissenschaftlichen Kriterien ausgewählt und bei der Entwicklung innovativer Ideen mit bis zu 30.000 Euro gefördert worden. Birkenfeld, Dithmarschen, Holzminden und die Uckermark wurden von einer unabhängigen Jury als Modellregion ausgewählt. Um weitere wichtige Erkenntnisse für die Entwicklung abgelegener ländlicher Räume und zielgenauere Fördermaßnahmen zu gewinnen, hatte die Jury einige Projekte aus anderen Regionen vorgeschlagen, die als Sonderprojekte im Rahmen des Modellvorhabens geprüft werden sollten. Eines der geförderten Projekte richtet sich speziell an ältere Menschen.

• "Netzwerke wirksamer Hilfen für Alleinerziehende" des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) (2011-213)

Das Bundesprogramm des Europäischen Sozialfonds (ESF) will nach eigenen Angaben dazu beitragen, die Lebens- und Arbeitsperspektiven für Alleinerziehende nachhaltig zu verbessern. In den Jahren 2011 bis 2013 soll daher an derzeit 102 Standorten in Deutschland mit einem Fördervolumen von 25 Mio. Euro der Auf- und Ausbau lokaler oder regionaler Netzwerke zur Unterstützung von Alleinerziehenden gefördert werden. Ziel des Programms ist es, dass die Netzwerkakteure vor Ort ihre Dienstleistungsangebote für Alleinerziehende "besser koordinieren, zu Leistungsketten verknüpfen, professionalisieren und weiterentwickeln". Damit sollen Synergien geschaffen und Angebotslücken geschlossen werden. Besondere Bedeutung kommt dabei der Einbeziehung der Arbeitgeberseite vor Ort zu. Es ist geplant, erfolgreich entwickelte und erprobte Strukturen in die Regelorganisation der beteiligten Stellen, insbesondere auch der Jobcenter, zu überführen. (www.alleinerziehende-bmas.de/index.php/netzwerke-wirksamer-hilfen-fuer-alleinerziehende.html, heruntergeladen am 15.07.12)



 Verschiedene F\u00f6rderprogramme, Wettbewerbe und Modellvorhaben des Bundesministeriums f\u00fcr Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Das BMFSFJ hat eine Reihe von Förderprogrammen, Wettbewerbe und Modellvorhaben in den Bereichen Wohnen, Pflege, Sicherheit und Partizipation aufgelegt.

Förderprogramm "Soziales Wohnen im Alter"

Das Förderprogramm "Soziales Wohnen im Alter" des Bundesfamilienministeriums will gemeinsam mit Akteuren der Zivilgesellschaft, Seniorenorganisationen, dem Handwerk, Kommunen und Wohnungsverbänden Projekte entwickeln, die verdeutlichen sollen, wie ältere Menschen komfortabel wohnen und zugleich aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Wettbewerb "Altersgerecht Bauen und Wohnen - Barrierefrei, quartierbezogen, integrativ"

Der im Dezember letzten Jahres gestartete Wettbewerb richtet sich an Studenteninnen der Architektur und Stadtplanung.

Programm "Wohnen für (Mehr-)Generationen"

Mit dem Programm werden 30 innovative gemeinschaftliche Wohnprojekte gefördert. Sie wurden mit Hilfe unabhängiger Sachverständiger aus einer Vielzahl von Bewerbungen ausgewählt und zeichnen sich durch barrierefreie Architektur und eine aktive Einbindung in den Stadtteil aus.

Kommune gemeinsam gestalten - Handlungsansätze zur Beteiligung Älterer vor Ort (2008-2010)

Im Rahmen des Projekts "Aktiv im Alter" sind Kommunen gefördert worden, die ältere Bürger/innen zu Engagement und Mitbestimmung ermuntern wollen. Der daraus entstandene Praxisleitfaden richtet sich nicht nur an Kommunen, sondern auch an Verbände, Vereine, Kirchen oder Unternehmen.



Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige

Um Krankheitssymptomen bei pflegenden Angehörigen vorzubeugen wird das Modellprojekt "Pflegen und Leben" gefördert. Auf dem gleichnamigen Internetportal wird eine anonyme und kostenfreie psychologische Online-Beratung bei seelischer Belastung durch den Pflegealltag angeboten. Die Beratung richtet sich auch an Freunde/innen, Bekannte und Nachbarn, die ältere Menschen pflegen.

Aktionsprogramm "Sicher leben im Alter" (SiliA)

Ziel des Aktionsprogramms ist es, Senioren/innen vor Straftaten - wie Eigentums- und Vermögensdelikte oder gewalttätige Übergriffe - zu schützen. Die Schwerpunktfelder des Aktionsprogramms sind (1) Prävention von Eigentums- und Vermögensdelikten, (2) Sensibilisierung von medizinischem Personal, um nicht natürliche Todesfälle feststellen zu können und (3) Vorbeugung von häuslicher Gewalt im höheren Alter.

Ebenso werden nach eigenen Angaben im Rahmen des Aktionsprogramms konkrete Hilfsangebote erarbeitet, um Gewalt in Partnerschaften von älteren Menschen zu verhindern. Dazu gehören auch die Fortbildung von Beratern/innen hinsichtlich der spezifischen Bedürfnisse älterer Opfer von häuslicher Gewalt und die Schaffung von Schutzraumangeboten. Diese Ansätze werden in mehreren Modellregionen erprobt, u.a. in Hamburg. Ein weiterer Schwerpunkt des Aktionsprogramms zielt auf die Prävention von Misshandlung und Vernachlässigung in der häuslichen Pflege. In einer Kooperation mit sechs Pflegediensten und einer Pflegeberaterin sollen hierzu in der Modellregion Essen Handlungsansätze entwickelt und in der Praxis erprobt werden.

Programme des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Auf Grundlage verschiedener Forschungsprogramme fördert das BMBF unterschiedliche Projekte in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation, die "Antworten auf demografische Herausforderungen" geben sollen.

"Mit 60+ mitten im Arbeitsleben Assistierte Arbeitsplätze im demografischen Wandel"

Innovative Lösungen der Mensch-Technik-Interaktion (MTI), welche die Arbeitnehmer/innen bei ihren Tätigkeiten unterstützen, sollen dazu beitragen, dass Menschen ihre Potenziale länger in den Beruf einbringen können. Mit der Bekanntmachung sollen nach eigenen Angaben Innovationen der MTI in der Arbeits- und Berufswelt gefördert und Akteure in Wirtschaft und



Wissenschaft zu mehr Forschung und Entwicklung in diesem Bereich angeregt werden.

"Mobil bis ins hohe Alter - nahtlose Mobilitätsketten zur Beseitigung, Umgehung und Überwindung von Barrieren"

Mit der Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Bereich "Mobilität für die ältere Generation" will das Ministerium gesellschaftliche und technologische Herausforderungen zur Unterstützung der älteren Generation im Hinblick auf den Erhalt eines selbstständigen und mobilen Lebens lösen.

"Assistierte Pflege von morgen - ambulante technische Unterstützung und Vernetzung von Patienten, Angehörigen und Pflegekräften"

Die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben will die Lösung von gesellschaftlichen und technologischen Herausforderungen zur Unterstützung der älteren Generation in ihrem konkreten Lebensumfeld erreichen. (www.bmbf.de, heruntergeladen am 20.07.12)

Bundesministerium für Gesundheit: Vom Leuchtturmprojekt
 Demenz zur Zukunftswerkstatt Demenz

In den Jahren 2008-2009 wurden im Rahmen des "Leuchtturmprojekts Demenz" 29 Projekte gefördert, deren Ergebnisse im September 2010 in einer öffentlichen Veranstaltung vorgestellt wurden. Das aktuell sich schon in der Umsetzung befindliche Förderprogramm "Zukunftswerkstatt Demenz" ist darauf ausgerichtet, bisher gewonnene Erkenntnisse aus dem Leuchtturmprojekt Demenz zu ergänzen und das vorhandene Wissen in der Routineversorgung umzusetzen. (www.bmg.de, heruntergeladen am 20.07.12)







3.2. Bundesländer

Nach dem Bericht des Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer wird in allen neuen Ländern die Demografiepolitik seit vielen Jahren als eine ressortübergreifende Aufgabe mit abgestimmten Vorgehensweisen wahrgenommen und gestaltet. Auch haben alle neuen Länder Demografiestrategien für ihre Landespolitik formuliert und setzen sie in ihren Planungen und Entscheidungen um. Die drei Länder Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen haben eine länderübergreifende Zusammenarbeit in der Demografiepolitik beschlossen. Auch auf regionaler Ebene ist nach eigenen Angaben im Rahmen von Modellvorhaben eine Vielzahl von Kommunikations- und Planungsmaßnahmen angestoßen worden. (Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer 2011)

Darüber hinaus existiert eine von der 87. Arbeits- und Sozialministerkonferenz eingesetzte länderoffene Arbeitsgruppe zum Thema "Demografischer Wandel und soziale Infrastruktur", die 2011 einen gleichnamigen Bericht vorgelegt hat. (Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz & Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen 2011)

Weitere Aktivitäten in den jeweiligen Bundesländern, die sich speziell der Zielgruppe der älteren Menschen widmen oder versuchen, die Pflegeinfrastruktur zu verbessern, sind u.a. die folgenden (ebd.):

Rheinland Pfalz

Aktionsplan "Gut leben im Alter"

Dieser Aktionsplan wird in einem landesweiten Beteiligungsprozess zu einem Landesaktionplan weiterentwickelt. Er will gute Beispiel vor Ort sichtbar machen und Handlungsempfehlungen für ein gutes Leben im Alter verabschieden. Die Initiative M.Punkt RLP dient dazu, die Versorgung vor Ort auch in ländlichen Räumen aufrechtzuerhalten und berät u.a. Betreiber von Dorfläden und Dorfzentren.

Nordrhein-Westfalen

Modellprojekte "Im Quartier bleiben" und "Im Quartier bleiben Nachbarschaft leben"

Mit den ersten beiden Quartiersprojekten werden Maßnahmen zur besseren Nutzung des Quartiers entwickelt und aktive nachbarschaftliche Beziehungen initiiert.



"Bielefelder Modell"

Das Bielefelder Modell des Evangelischen Johanneswerks ermöglicht mit abgestimmten und frei wählbaren Unterstützungsleistungen eine individuelle flexible Lebensgestaltung, vor allem hinsichtlich der Wohnstruktur.

"Landesinitiative Demenzservice des Landes NRW"

Finanziert aus Mitteln des §45c SGB XI wurde zur Verbesserung der Infrastruktur in der Demenzversorgung im Zusammenwirken von Landesregierung und Landespflegekassen die Landesinitiative ins Leben gerufen. 12 regional zuständige Demenzservicezentren beraten zum Aufbau von Angeboten zur Entlastung pflegender Angehöriger.

Hamburg

"Veringbeck – Interkulturelles Wohnen für pflegebedürftige Menschen"

Mit dem Modellprojekt wird für ältere Menschen in einem relativ jungen, kulturell gemischten Quartier ein innovatives interkulturelles Wohn- und Pflegeangebot geschaffen.

Bayern

"Koordinierungsstelle Wohnen zu Hause"

Im Rahmen dieser Initiative wird innovative Beratung über selbstbestimmte Wohnmöglichkeiten im Alter durchgeführt.

"Bayrisches SeniorenNetzForum"

Der Zusammenschluss verschiedener Initiativen leistet Unterstützung beim Aufbau neuer Initiativen, die älteren Bürger/innen beim Zugang zu und der Weiterbildung für neue Medien Hilfestellung leistet.



"Verbesserungen in der stationären Versorgung"

Das Bayerische Sozialministerium stellt für die Umsetzung innovativer Konzepte in stationären Pflegeeinrichtungen Haushaltsmittel zur Verfügung.

Berlin

"Kompetenzzentrum Interkulturelle Öffnung in der Altenhilfe"

Das Kompetenzzentrum unterstützt Einrichtungen und Dienste der Pflege und Altenhilfe bei der interkulturellen Öffnung angesichts des wachsenden Bevölkerungsanteils von älteren und pflegebedürftigen Menschen mit Migrationshintergrund.

"Kontaktstellen PflegeEngagement"

Die Kontaktstellen helfen beim Aufbau und der Begleitung von kleineren, wohnortnahen Selbsthilfe- und Ehrenamtsstrukturen, die sich die Unterstützung von ambulant betreuten Pflegebedürftigen sowie von Personen mit erheblichem allgemeinen Betreuungsbedarf sowie deren Angehörigen zum Ziel gesetzt haben.

Saarland

"Demografiesensibles Investitionsprogramm des Saarlands"

Das Programm fördert die demografiebedingte Anpassung von Wohnumfeld, Wohnraum und Dienstleistungen an die Bedürfnisse der jeweiligen Generation, insbesondere auch der älteren.

"Vorsicht Falle! Senioren und die neuen Medien"

Eine Vortragsreihe des Ministeriums für Gesundheit und Verbraucherschutz und der Verbraucherzentralen klärt Senioren/innen über ihre Rechte auf und zeigt Mittel und Wege auf, wie sie sich in den neuen Medien rechtssicher bewegen können.



Rheinland-Pfalz

"Bürgerbusse"

Dieses Projekt ist ein Beispiel, wie auch unter den Bedingungen rückläufiger Fahrgastzahlen kleinräumige Mobilität als Ergänzung zum ÖPNV für ältere Menschen sichergestellt werden kann. Dabei ist der Bürgerbus mehr als ein reines Beförderungsmittel und bietet auch Raum für Kontakt- und Kommunikationspflege.

"Maus Mobil Koblenz e.V."

Die Trainer/innen sind selbst älter und geben ihre Kenntnisse bei Bedarf auch bei älteren Menschen zu Hause weiter. Sie orientieren sich an der individuellen Lerngeschwindigkeit der Teilnehmenden und gehen flexibel auf ihre Wünsche und Bedürfnisse ein.

Rheinland-Pfälzische Initiative "Menschen pflegen"

Die Initiative zielt mit einer Vielzahl von Maßnahmen darauf ab, die Situation pflegebedürftiger und pflegender Menschen zu verbessern. Eine "Servicestelle für kommunale Pflegestrukturplanung und Sozialraumentwicklung" unterstützt die Kommunen bei der Erstellung von landesgesetzlich vorgegebenen Pflegestrukturplänen.

Sachsen

"Projekt Alltagsbegleiter"

Mit dem Projekt fördert der Freistaat Sachsen das ehrenamtliche Engagement im Bereich der Alltagsbegleitung für Senioren/innen. Die Begleiter werden qualifiziert.



Sachsen-Anhalt

"Projekt SeniorTrainer"

In dem Projekt zum Lebenslangen Lernen nehmen ältere Menschen in der Übergangsphase zwischen Berufsleben und Ruhestand an einer modularen Ausbildung teil und engagieren sich im Anschluss einzeln oder als Team in vielfältigen Tätigkeitsbereichen ehrenamtlich.

Bremen

"Bremer Pflegeoffensive"

Die Offensive zielt auf die Gewinnung von Fachkräften für die Pflege, auf die Weiterentwicklung des Angebots an präventiven hauswirtschaftlichen Hilfen durch Dienstleistungszentren in allen Stadtteilen und auf die Durchführung von Modellversuchen zur aufsuchenden Altenarbeit (Hausbesuche) in zwei Stadtteilen.







3.3 Regionale Ebene – Regionalplanung

Zur Bewältigung des demografischen Wandels sind in den letzten Jahren der Regionalplanung⁵ große Chancen zugeschrieben und entsprechende Modellprojekte aufgelegt und Handlungsanleitungen entwickelt worden. Nach Ergebnissen von Modellprojekten des BMVBS kann sich die Regionalplanung, die angeblich frei von fachplanerischen Sachzwängen ist, offensiv einer bereichsübergreifenden Koordination der Fachplanungen annehmen. Gleichzeitig kann sie als "Dienstleister" und Moderator für die Kommunen, die Fachplanungen und die Betreiber von Einrichtungen der Daseinsvorsorge auftreten und deren Mitwirkung an einer gemeinsamen Gestaltung des Angebots von Leistungen der Daseinsvorsorge in der Region einfordern sowie einen breiten und offenen regionalen Dialog zwischen diesen Akteuren initiieren und organisieren. (BMVBS 2010)

Vor allem für die ländlich peripher gelegenen Regionen lassen sich nach dem DZA u. a. die folgenden Anpassungsstrategien nennen, die erforderlich sind, um die begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen zur Bewältigung der Herausforderungen demografischer Alterung zu entwickeln und/oder zu bündeln und der wachsenden Zahl älterer Menschen attraktive Freizeit- und Beschäftigungsangebote zu sichern:

- Entwicklung und Anpassung siedlungsstruktureller Entwicklungskonzepte,
- Durchführung von Gebietsreformen und Anpassung des Zentrale-Orte-Systems (Reduzierung der Zahl zentraler Orte bzw. größere Gebietseinheiten; Identifizierung von Entwicklungsschwerpunkten und Kosteneinsparungen durch neuere, größere Verwaltungseinheiten),
- Erhalt und Entwicklung der Standortattraktivität,
- Sicherung eines leistungsfähigen Arbeits- und Wohnungsmarktes, Verbesserung der Einkommenschancen und Stärkung wirtschaftlicher Strukturen (Wirtschaftsförderung, Gewerbegebiete, qualifiziertes Humankapital),
- Dauerhafte Absicherung leistungsfähiger Infrastrukturen (KITA, Schulen, Jugendeinrichtungen, Gesundheits- und Pflegebetreuung ortsnah, vielfältig und möglichst gut erreichbar organisieren, Absicherung eines attraktiven Kulturund Freizeitangebots, preiswerte und qualitative gute Vorhaltung technischer Infrastrukturen trotz geringer Nutzerzahlen wie Wasser, Abwasser, DSL, Gewährleistung einer guten Erreichbarkeit der Zentren und zentraler Einrichtungen),
- Optimierung der öffentlichen Verwaltung (z.B. mittels eGoverment und Demografiechecks),
- Systematische Förderung innovativer Lösungsansätze (notwendige Bündelung von Ressourcen und Ermöglichung flexibler, multifunktionaler, ressort- bzw. sektorübergreifender und/oder interkommunaler Lösungsansätze),
- Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements sowie
- Aktivierung des Potenzials und der vielfältigen Lebenserfahrungen älterer Menschen (DZA 2010)

⁵ Im Gegensatz zu den Planungsmöglichkeiten der Bundesraumordnung und der Landesplanung, den Fachplanungen und den kommunalen Aufgabenträgern.



Beispiele für regionale Aktivitäten zur Bewältigung des demografischen Wandels sind die folgenden:

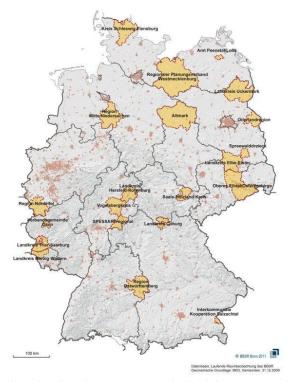
MORO 1: Das Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge

Das Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge will ausgewählte Modellregionen in ländlichen Räumen darin unterstützen, sich innovativ den infrastrukturellen Herausforderungen des demografischen Wandels zu stellen und mit einer Regionalstrategie Daseinsvorsorge erforderliche Infrastrukturanpassungen "vorausschauend und kooperativ" zu gestalten. Das Aktionsprogramm setzt damit einen Schwerpunkt innerhalb der "Initiative ländliche Infrastruktur" des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Insgesamt 21 ausgewählte Modellregionen erhalten in den Jahren 2012/2013 eine finanzielle Zuwendung⁶, um eine Regionalstrategie zur Sicherung der Daseinsvorsorge anzuwenden.

Die Regionalstrategie Daseinsvorsorge ist ein Instrument für jene ländlich strukturierten Regionen, in denen die Grundversorgung mit unverzichtbaren örtlichen Leistungsangeboten gefährdet ist, weil die Bevölkerung stark abnimmt oder altert und so wichtige Auslastungsschwellen unterschritten werden. Sie hat sich unter dem Namen "Masterplan Daseinsvorsorge" nach eigenen Angaben bereits in einigen Modellregionen als Instrument praktisch bewährt (siehe unten).

Bei der Entwicklung einer Regionalstrategie geht es darum, die vielfältigen Bereiche der technischen und sozialen Infrastruktur in Zusammenarbeit mit Bevölkerung, Kommunalpolitik und Trägern der Daseinsvorsorge an die Herausforderungen des demografischen Wandels anzupassen und drohende Angebotseinschränkungen abzuwenden oder zumindest auf ein Minimum zu reduzieren. (www.regionale-daseinsvorsorge.de/21/, heruntergeladen am 9.7.12)

Abbildung 3: Karte der MORO-Modellregionen



Quelle: www.regionale-daseinsvorsorge.de/21/, heruntergeladen am 9.7.12

⁶ je nach Umfang der Planungen zwischen 70.000 und 180.000 EURO



 MORO 2: Modellvorhaben "Demografischer Wandel - Region schafft Zukunft" – Lebensqualität und Wirtschaftsperspektiven im ländlichen Raum vorausschauend sichern (2007-2011)

Mit dem Modellvorhaben hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) von 2007 bis Ende 2011 Städte und Gemeinden darin unterstützt, "den Wandel aktiv zu gestalten". Das 2007 gestartete Modellvorhaben setzt nach eigenen Angaben auf die Zukunftschancen, die sich im ländlichen Raum aus dem demografischen Wandel ergeben. Vier Regionen haben sich in einem Wettbewerb für die Teilnahme qualifiziert und ihre regionalen Stärken erweitert. Sie haben "ganzheitliche demografische Handlungskonzepte" entwickelt und berücksichtigen die Ideen ihrer Bürger/innen. Im Kreis Nordfriesland in Schleswig-Holstein und Werra-Meißner-Kreis in Hessen sowie den Regionen Südharz-Kyffhäuser in Sachsen-Anhalt/Thüringen und Stettiner Haff in Mecklenburg-Vorpommern wurden aus den Programmen des BMVBS 75 regional entwickelte Projekte gefördert. Viele werden nach eigenen Angaben eigenständig fortgeführt. (www.region-schafft-zukunft.de, heruntergeladen am 9.7.12)

 Moro 3: Masterplan Daseinsvorsorge - Regionale Anpassungsstrategien (2008-2009)

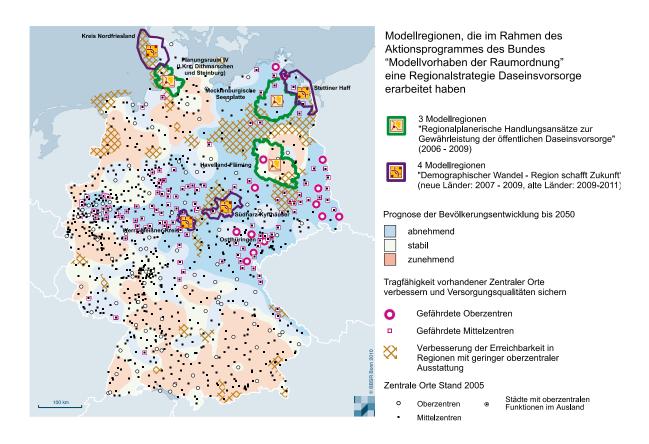
Der Masterplan Daseinsvorsorge hat nach eigenen Angaben diskursiv und analytisch gestützt eine regionale Anpassungsstrategie der Daseinsvorsorge entwickelt. Nach einer Bestandsaufnahme wurden Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge mit ihren Kapazitäten, Auslastungen, Personalbeständen und Kostenstrukturen analysiert und mit kleinräumigen Bevölkerungs- und Nachfrageprognosen abgeglichen. Arbeitsgruppen haben Anpassungsund Organisationsstrategien für die unterschiedlichen Bereiche der Daseinsversorge entwickelt. Das Projekt wurde in den beiden Modellregionen Stettiner Haff und Südharz-Kyffhäuser durchgeführt. (www.bbsr.bund.de/nn_21916/BBSR/DE/FP/MORO/Forschungsfelder/MasterplanDasein/01_Start.html, heruntergeladen am 9.7.12)

 MORO 4: Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge (2006-2009)

Im Rahmen des Modellvorhabens sind in drei Modellregionen unter den Vorzeichen der demografischen Rahmenbedingungen regionalplanerische Konzepte "zur Entwicklung und Sicherung einer quantitativ und qualitativ zukunftsfähigen regionalen Infrastruktur" erarbeitet worden. (www.bbr.bund.de/nn_23558/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS /MORO/2/moro2.html)



Abbildung 4: Modellregionen im Rahmen des Aktionsprogramms des Bundes "Modellvorhaben der Raumordnung" 2006-2011



Quelle: BMVBS 2011:8

"Modellvorhaben Daseinsvorsorge 2030"

Im Rahmen des "Modellvorhabens Daseinsvorsorge 2030" des Bundesministeriums des Innern sind zwei Projekte entwickelt worden, die sich explizit an ältere Menschen wenden.

Die Volkssolidarität Greifswald-Ostvorpommern e. V. hat ein Konzept für die Errichtung eines Aktivierungs- und Integrationszentrums für ältere Menschen in und um Greifswald (AIZ) entwickelt.

Die Stadtverwaltung Oelsnitz/Erzgebirge erarbeitete mit drei Nachbargemeinden ein Konzept zur Integration älterer Menschen über 65 Jahre der Region in alle Bereiche des täglichen Lebens. Insbesondere ging es darum, die Senioren "aktiv und nachhaltig in die Bereitstellung unterschiedlicher und regional bedeutsamer Daseinsvorsorgeangebote" einzubeziehen.



Modellvorhaben LandZukunft des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Eines der insgesamt neun Projekte richtet sich speziell an ältere Menschen. In der Region Uckermark, Brandenburg sollen Potenziale älterer Menschen erkannt und Arbeitnehmer/innen aus dem deutsch-polnischen Grenzraum integriert werden. Dadurch will die Uckermark die Beschäftigung in der Region langfristig sichern.

Bayern - AOVE: Eine Region wird älter

Nach dem Motto "Wir stellen uns dem demografischen Wandel" arbeiten die mittlerweile neun Gemeinden der AOVE-Region in der Oberpfalz schon seit 16 Jahren zusammen. Ein gemeinsames Management vernetzt die Kommunen und Projekte miteinander.

Die AOVE-Region liegt im nordöstlichen Teil des Landkreises Amberg-Sulzbach (Oberpfalz/Bayern). Sie umfasst die Gebiete der neun Mitgliedsgemeinden Edelsfeld, Freihung, Freudenberg, Gebenbach, Hahnbach, Hirschau, Poppenricht, Schnaittenbach und Vilseck und zählt ca. 36 500 Einwohner/innen. Sie gehört zum Regierungsbezirk Oberpfalz mit der Hauptstadt Regensburg. Die AOVE-Region erstreckt sich auf rund 460 Quadratkilometer Fläche. Das Projekt "Alt werden zu Hause" will im vorpflegerischen Bereich ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen, auch im ländlichen Raum. (www.aove.de/index.php, heruntergeladen am 20.07.12)

Von Bürgern/innen für Bürger/innen – Nahversorgung in der Leader-Region Eifel

(15 Gemeinden in drei Landkreisen in Nordrhein-Westfalen) (Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume 2012)





3. Kreis- und kommunale Ebene

Weitere kleinräumige Ansätze umfassen z.B. die folgenden:

- Illingen 2030 Projekt Zukunft" (Saarland)
- Hausarztakademie Hersfeld-Rotenburg Gemeinsam auf der Suche nach jungen Ärzten/innen (Hessen)
- Senioren/innen planen mit: Das "Dorf im Dorf" in Dobbertin (Mecklenburg-Vorpommern)
- KombiBus Uckermark (Brandenburg) (Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume 2012)
- Fabrik für Ältere in Finsterwalde (Landkreis-Elbe-Elster / Brandenburg)
- Eröffnung eines Bürgerkonsums in Falkenau (Landkreis Freiberg / Sachsen)
- Rückholinitiative "Leben im Aufwind" (Kreis Nordfriesland / Schleswig-Holstein)
- Kultur im Wandel im Landkreis Teltow-Fläming (Brandenburg)
- Seniorenkompetenzzentrum Havelland in Rathenow (Landkreis Havelland/Brandenburg) (Deutsches Zentrum für Altersfragen; Menning, Sonja, Nowossadeck, Enno & Maretzke, Steffen, 2010)
- Nutzungskonzept für den Kastanienhof als Zentrum für ein dörfliches Leben im Alter mit allen Generationen (Umbau einer leer stehenden Gaststätte zu einem Dorfzentrum für alle Generationen) in Groß Drewitz (Brandenburg)
- Kommunen organisieren mit PC-Unterstützung Alles für ihre Senioren (KompAS) im Landkreis Schwandorf (Bayern)
- "Hand in Hand" auch auf dem Land Koordinierung für MS-Kranke (Aufbau einer Wohn- und Lebensgemeinschaft mit und für Menschen mit Multipler Sklerose) in Inning am Holz (Bayern)



- Selbstbestimmtes Leben auf dem Land (Aufbau von verlässlichen Angeboten der Betreuung und Versorgung für ältere Menschen und Entlastungsangebote für ihre Angehörigen) in Stendal Umgebung (Sachsen-Anhalt)
- DRK Senioren- und Service Zentrum mit Begegnungsstätte (Erweiterung eines bestehenden Angebots des altersgerechten Betreuten Wohnens um zwei Wohngruppen für Menschen mit Demenz in einem Wohlfahrts-Mix) in Lubmin (Mecklenburg-Vorpommern)
- Geramobil (Aufbau und Erprobung eines mobilen Diagnose- und Beratungsstützpunkts als aufsuchendes Hilfeangebot für Menschen mit Demenz und pflegende Angehörige) im Landkreis Vorpommern-Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern)
- Nachbarschaft macht mobil (Initiative f
 ür Menschen, die anderen Menschen "eine helfende Hand sein m
 öchten" und die selbst Hilfe ben
 ötigen) in Taunusstein (Hessen)
- Katharinenmodell multifunktionaler mobiler Senioren-, Angehörigen- und Nachbarschaftsdienst (Kleinbus bringt variables Angebot an haushaltsnahen Dienstleistungen wie Beratung, Frisör, Physiotherapie, Lebensmittelgrundversorgung) in Spangenberg, Schwalm-Eder-Kreis (Hessen) (BMFSFJ, BFW & BaS 2012)

Im Rahmen des Modellprogramms "Aktiv im Alter" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurden von April 2008 bis Dezember 2010 175 Kommunen gefördert, die ältere Bürger/innen zu Engagement und Mitbestimmung ermuntern wollten. In verschiedenen thematischen Schwerpunkten sind insgesamt 890 Projekte entwickelt worden. (BMFSFJ 2011)



- Bartholomae, F., Beivers, A. (2009). Flächendeckende Krankenhausversorgung und die Anforderungen an die staatliche Daseinsvorsorge, *Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen*, 32 (3), 213-239.
- Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer (Hrsg.) (2011). Daseinsvorsorge im demographischen Wandel zukunftsfähig gestalten. Handlungskonzept zur Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur in vom demographischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Gebieten. Berlin: PDF
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.). (2011). Kommune gemeinsam gestalten. Handlungsansätze zur Beteiligung Älterer vor Ort. Berlin: PDF
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), BFW & BaS (2012). Zuhause im Alter. Übersicht der Modellprojekte. Internetangebot herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin: PDF
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2011). Regionalstrategie Daseinsvorsorge. Denkanstöße für die Praxis, Berlin: PDF
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2010). Regionale Daseinsvorsorgeplanung. Ein Leitfaden zur Anpassung der öffentlichen Daseinsvorsorge an den demographischen Wandel (Werkstatt: Praxis Heft 64). Berlin: PDF
- Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (Hrsg.) (2012). CHANCE! Demografischer Wandel vor Ort: Ideen, Konzepte, Beispiele, Bonn: PDF
- Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA) (2010). DZA GeroStat: *Report Altersdaten*, Heft 1-2 / 2010, Regionale Aspekte der demografischen Alterung. Berlin: PDF
- Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz; Ministerium für Gesundheit, Emanzipation Pflege und Alter (2011). Demographischer Wandel und soziale Infrastruktur. Bericht der von der 87. Arbeits- und Sozialministerkonferenz eingesetzten länderoffenen Arbeitsgruppe. o.O.: PDF
- Schulz-Nieswandt, F. (2000). Altern im ländlichen Raum eine Situationsanalyse. In U. Walter & T. Altgeld (Hrsg.). *Altern im ländlichen Raum. Ansätze für eine vorausschauende Alten- und Gesundheitspolitik* (S. 21-39). Frankfurt / New York: Campus.
- Walter, U. & Altgeld, T. (2000). Vorwort. In U. Walter & T. Altgeld (Hrsg.). *Altern im ländlichen Raum. Ansätze für eine vorausschauende Alten- und Gesundheitspolitik* (S. 9-10). Frankfurt / New York: Campus.



Internet

www.alleinerziehende-bmas.de/index.php/netzwerke-wirksamer-hilfen-fuer-alleinerziehende.html, heruntergeladen am 15.07.12

www.aove.de/index.php, heruntergeladen am 20.07.12

www.bbr.bund.de/nn_23558/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/MORO/2/moro2.html

www.bbsr.bund.de/nn_21916/BBSR/DE/FP/MORO/Forschungsfelder/MasterplanDasein/01_Start.html, heruntergeladen am 9.7.12

www.bmbf.de, heruntergeladen am 20.07.12

www.bmg.de, heruntergeladen am 20.07.12

www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2011/10/demografie_handlungskonzept. html?nn=303936, heruntergeladen am 15.07.12

www.das-alter-hat-zukunft.de/startseite/, heruntergeladen am 20.07.12

www.region-schafft-zukunft.de, heruntergeladen am 9.7.12

www.regionale-daseinsvorsorge.de/21/, heruntergeladen am 9.7.12

Bildnachweis

Brancheninitiative Gesundheitswirtschaft Südwestfalen e.V., sxc.hu, bvmed.de, fotolia.de, Südwestfalen Agentur Olpe





Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt StrateGIN (Laufzeit: 01.01.2012 bis 31.04.2015) erarbeitet gemeinsam mit regionalen Akteuren Lösungsansätze für die Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen und pflegerischen Versorgung in der Gesundheitsregion Südwestfalen. Das Projekt wird in enger Kooperation mit der Brancheninitiative Gesundheitswirtschaft Südwestfalen e.V. von der Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs), Zentrale Wissenschaftliche Einrichtung der TU Dortmund und dem Institut für Gerontologie an der TU Dortmund durchgeführt.

Das Projekt befasst sich mit regionalen Herausforderungen des demografischen Wandels im ländlichen Raum. Im Mittelpunkt steht dabei das Gesundheitswesen mit seinen demografisch und strukturbedingten Gegenwarts- und Zukunftsproblemen. Ärzte- und Pflegekräftemangel, die zunehmende Komplexität von Strukturen und Professionen im Gesundheitswesen sowie sektorale Grenzen führen zu Wirksamkeits- und Qualitätsverlusten und - insbesondere im ländlichen Raum - zunehmend zu Versorgungslücken. Diese vielschichtigen Probleme sind heute nicht mehr allein durch innerbetriebliche Konzepte zu bewältigen. Vielmehr sind engmaschige formelle und informelle Kooperationen und Netzwerke erforderlich, in denen sektoren- und berufsgruppenübergreifend gearbeitet wird.

Das Projekt umfasst eine Vielzahl aufeinander abgestimmter und aufbauender Forschungsund Entwicklungsaktivitäten. Dabei ergänzen sich wissenschaftlich-analytische und praxisbezogene Vorgehensweisen. 16 regionale Akteure sind als Kooperationspartner eng in das Projekt StrateGIN eingebunden. Sie arbeiten gemeinsam relevante Themen aus und legen die Schwerpunkte der Projektarbeit fest. Derzeit gibt es Arbeitsgruppen zu den Themen vernetzte Versorgung, Prävention und regionale Gesundheitsnetze.

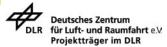
Das Ziel des Projekts ist es, mit einer Vielzahl von Netzwerkpartner/innen ein strategisches Konzept (eine sogenannte "Roadmap") zur nachhaltigen Sicherung einer demografiesensiblen, qualitativ hochwertigen medizinischen und pflegerischen Gesundheitsversorgung unter den Bedingungen einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung in der Modellregion Südwestfalen zu entwerfen. Hierzu untersucht StrateGIN fördernde und hemmende Rahmenbedingungen für den Aufbau und das Management regionaler Gesundheitsnetzwerke im ländlichen Raum und formuliert Erfolgskriterien für ein abgestimmtes, regionales Vorgehen. Als Ergebnis wird ein praxisbezogenes und übertragbares innovatives Set regionaler und betriebsbezogener Instrumente und Modelle zur Bewältigung des demografischen Wandels im Gesundheitswesen zur Verfügung stehen.

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und aus dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union gefördert.













Im Netzwerk engagieren sich Akteure aus der medizinischen und pflegerischen Versorgung, Vertreter/innen aus Verwaltung und Politik, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sie definieren gemeinsam mit dem Projektteam Handlungserfordernisse und entwickeln regionale und organisationsspezifische Lösungen.

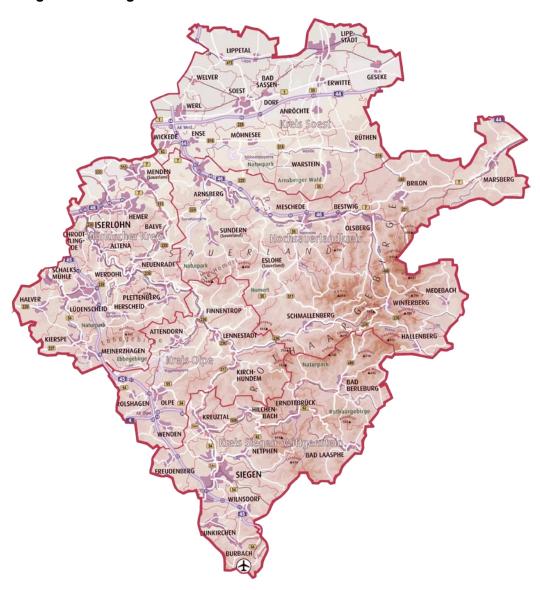
Die Liste der Akteure wird im Laufe des Projekts wachsen. Aktuell umfasst sie neben der Brancheninitiative Gesundheitswirtschaft Südwestfalen die folgenden Partner:

- Caritasverband f
 ür den Kreis Olpe e.V.
- Deutsche Gesellschaft für Gerontotechnik mbH (GGT)
- Gesellschaft zur Wirtschafts- und Strukturförderung im Märkischen Kreis mbH (GWS)
- Hochsauerlandkreis, Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG) und Gesundheitsamt
- Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL)
- · Kreis Olpe, Fachdienst Gesundheit und Verbraucherschutz
- · Kreis Siegen-Wittgenstein, Fachservice Gesundheit und Verbraucherschutz
- Kreis Soest, Dezernat Ordnung, Gesundheit und Verbraucherschutz
- Marienkrankenhaus gGmbH Soest
- Märkische Gesundheitsholding GmbH & Co KG
- · Märkischer Kreis, Fachdienst Pflege sowie Gesundheitsdienste und Verbraucherschutz
- St. Marienkrankenhaus Siegen
- · Verein zur Förderung der ärztlichen Berufsausübung e.V.
- · Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH
- Wirtschaftsförderung Kreis Soest GmbH (wfg)
- Zweckverband der Krankenhäuser Südwestfalen e.V.



Die Modellregion Südwestfalen umfasst die fünf Kreise Olpe, Siegen-Wittgenstein, Soest, den Hochsauerlandkreis und den Märkischen Kreis. 2007 haben sich diese Kreise zu einer Region zusammengeschlossen, um sich gemeinsam als attraktiver Lebens- und Wirtschaftsraum zu profilieren. Mit insgesamt rd. 1,4 Millionen Einwohnern/innen leben hier 8 % der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens in 59 Städten und Gemeinden. Südwestfalen ist ländlich geprägt und hat gleichzeitig an mehreren Standorten eine hohe Dichte von Industriebetrieben. Im Bereich der Gesundheitswirtschaft sind rund 66.000 Menschen beschäftigt.

Abbildung 5: Modellregion Südwestfalen



Quelle: Südwestfalen Agentur, Olpe

Im Zuge des demografischen Wandels sinkt die Zahl der Einwohner/innen und die Zahl der alten und hochaltrigen Personen wächst stark an. Viele junge Menschen verlassen die Region und es zeichnet sich bereits heute ein Mangel an Ärzten/Ärztinnen und Pflegekräften ab. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen. Das Projekt soll zur Lösung der daraus resultierenden Probleme beitragen.









Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und aus dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union gefördert.









